



CGFP

fonction publique

numéro 60, février 2024
paraît 6 fois par an
13^{ème} année

compact



CGFP-NATIONALVORSTAND DULDET KEINEN ANGRIFF AUF DEN RECHTSSTAAT

In seiner jüngsten Sitzung hat der CGFP-Nationalvorstand eine mehrgleisige Strategie verabschiedet. Die Regierung soll dazu bewegt werden, die Missachtung des Gehälterabkommens rückgängig zu machen. Neben gewerkschaftlichen Aktionen wird derzeit eine Klage vor dem Verfassungsgericht geprüft. Zugleich bemüht sich die CGFP um eine politische Lösung.

Für den CGFP-Nationalvorstand ist eine Unterhöhnung des für den Staatsdienst geltenden Gehälterabkommens unter keinen Umständen hinnehmbar. Der von der CGFP erzeugte Druck wird schrittweise erhöht, bis diesbezüglich ein politisches Umdenken erfolgt ist.

Punkt 10 des Gehälterabkommens sieht die Abschaffung des Bewertungssystems im gesamten Staatsdienst und in den öffentlichen Einrichtungen vor. Einzig und allein die Praktikanten sind davon ausgenommen. Somit entfällt die systematische Bewertung, die bislang in bestimmten Abschnitten einer beruflichen

Laufbahn durchgeführt wurde. Auch die verschiedenen Leistungsniveaus (1 bis 4), nach denen die Benotung erfolgte, werden demnach der Vergangenheit angehören. Daher kann es nicht angehen, dass diese allgemeingültige Einigung bei der Armee mittels eines Spezialgesetzes (loi spéciale) unterwandert wird.

In seiner Sitzung am vergangenen 26. Januar befand der CGFP-Nationalvorstand über die weitere Vorgehensweise. Einstimmigkeit herrschte darüber, ein klares Zeichen zu setzen, getreu dem Motto „Wehret den Anfängen“. Dabei wurde eine vielseitige Strategie angenommen.

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE



Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.



Fondation CGFP de Secours

(agrée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1 1 1 1 0733 4614 0000

(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)

L'ÉVASION EST PROCHE

LUX VOYAGES CGFP,

une agence de voyage complète à votre service:

- Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger
- Voyages organisés
- Billets d'avion, de train et de bateau
- Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier
- Tarif spécial pour les membres de la CGFP



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal)
L-2449 Luxembourg • Tél. 47 00 47 - 1
Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h
et le samedi de 9 à 13 h

OUVERT: LE SAMEDI MATIN



Eingeleitetes Vermittlungsverfahren

Die CGFP prüft zurzeit in Zusammenarbeit mit einer angesehenen Rechtsanwaltskanzlei die Möglichkeit, eine Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen die Regierung einzureichen. Zum einen will sie vor Gericht in dieser Prinzipienfrage Recht erhalten. Zum anderen will sie erreichen, dass der von der Regierung begangene Vertragsbruch rückgängig gemacht wird.

In diesem Sinne leitete die CGFP nach den beiden gescheiterten Schlichtungsrunden am 19. Januar das Vermittlungsverfahren ein (médiation). Der zuständige Magistrat, der zugleich dem Obersten Gerichtshof und dem Verfassungsgericht vorsteht, hat sich der Sache angenommen. Die erste Sitzung fand am 19. Februar statt. Die CGFP wies ausdrücklich darauf hin, dass sie fest gewillt sei, eine konstruktive Lösung zu finden. Der Vorsitzende hörte sich die von den beiden Seiten angeführten Argumente an und gab sich eine Bedenkzeit, um über die weitere Vorgehensweise zu befinden. Die diesbezügliche Entscheidung stand bei Redaktionsschluss noch aus.

Bereits zuvor war es nicht gelungen, eine Einigung in der Schlichtungskommission zu erzielen. Die Regierungsdelegation behauptete damals, die CGFP hätte sich bei ihrem eingeleiteten Verfahren an das Parlament wenden müssen. Diese Sichtweise ergibt jedoch keinen Sinn. Die CGFP hat das Gehälterabkommen mit der Regierung und nicht mit dem Abgeordnetenhaus vereinbart. Offensichtlich scheinen es die politisch Verantwortlichen mit der in der Verfassung verankerten Gewaltenteilung nicht so genau zu nehmen.

Zu allem Überfluss leistete sich der Beamtenminister einen Bärenienst, indem er den beiden Schlichtungsrunden fernblieb und zugleich jedoch mit waghalsigen Argumenten versuchte, der Schlichterin in einem Brief weiszumachen, sie müsse das CGFP-Anliegen für unzulässig erklären. Die Vorsitzende kam dieser Aufforderung nicht nach. Sie erklärte sich lediglich für nicht zuständig, da es sich ihrer Ansicht nach nicht um einen allgemeinen, sondern um einen sektoriellen Rechtsstreit handele.

Neue CGFP-Vorschläge

Neben den bereits eingeleiteten juristischen Schritten hat die CGFP ihre Verhandlungen auf politischer Ebene fortgesetzt. Ziel ist es, eine harte Konfrontation zu vermeiden. In einer von ihr beantragten Dringlichkeitsunterredung wurden dem Minister für den öffentlichen Dienst am 25. Januar neue Vorschläge unterbreitet. Der zuständige Ressortminister versicherte, dass sich die Regierung zeitnah damit befassen werde. Eine Reaktion seitens der Regierung



lag bei Redaktionsschluss jedoch immer noch nicht vor.

Der konsensorientierte und wohlgedachte CGFP-Vorschlag scheint die Koalition mächtig ins Grübeln zu bringen. Warum zielt sich die Regierung so sehr davor, Stellung zu beziehen? Der Seniorpartner des schwarz-blauen Tandems zieht in dieser Angelegenheit alle Fäden. Die CSV stellt nicht nur den Premierminister. Auch das Ministerium für den öffentlichen Dienst ist fest in ihrer Hand. Zudem gehört auch der Präsident des zuständigen Parlamentsausschusses derselben Partei an.

Wo also bitte liegt das Problem? Vor den Parlamentswahlen hatte die Partei des Premierministers im Plenum des Abgeordnetenhauses den CGFP-Wortlaut haargenau übernommen: Ihre Forderung „pacta sunt servanda“ war nicht zu überhören. In anderen Worten: Ein von der Regierung mit einer national repräsentativen Gewerkschaft unterzeichnetes Abkommen muss wortgetreu eingehalten werden. Warum tut sich besagte Partei jetzt, wo sie die Regierungsverantwortung übernommen hat, so schwer damit, zu ihrem Wort zu stehen.

Der Premierminister, der sich nach außen hin gerne als echter Macher mit Manager-Eigenschaften darstellt, wäre gut beraten, nach dem holprigen Amtsantritt seiner Regierung (Bettelverbot, neu entfachte Rentendebatte...) den Konflikt mit der CGFP nicht weiterhin eskalieren zu lassen.

Für die CGFP ist es völlig ausgeschlossen, dass das höchst umstrittene Bewertungssystem für die Militärangehörigen mit dem Artikel 32 des neuen Armeegesetzes durch die Hintertür wiedereingeführt wurde. Diese Vorgehensweise, die zudem von skandalösen politischen Falschaussagen begleitet wurde, ist ein Verstoß gegen das laufende Gehälterabkommen. Daran gibt es wahrlich nichts zu rütteln.

Die CGFP ist es gewohnt, bei ihren Anliegen regelmäßig auf politischen Widerstand zu sto-

ßen. Sie verfügt über ausreichend Erfahrung, Ausdauer, Durchsetzungsvermögen und Fingerspitzengefühl, um je nach Lage der Dinge genau abzuwägen, welche Mittel angewandt werden müssen.

Vorbereitung von gewerkschaftlichen Aktionen

Auch wenn die CGFP weiterhin fest gewillt ist, eine Lösung am Verhandlungstisch auszuloten, ist sie zugleich bestens für den Fall gerüstet, wo die Regierung auf ihrer Hardliner-Position beharren sollte.

In seiner letzten Sitzung beriet der CGFP-Nationalvorstand deshalb über gewerkschaftliche Aktionen, die gestartet werden, falls die Regierung rechtsstaatliche Grundsätze aushöhlt, indem sie das Gehälterabkommen weiterhin mit Füßen tritt. Jetzt schon ausführlich auf diese gewerkschaftlichen Maßnahmen einzugehen, wäre sicherlich verfrüht und würde die Aussicht auf eine politische Lösung trüben.

Fest steht jedoch, dass sich die CGFP in einer Lauerstellung befindet. Sowohl auf dem Neujahrsempfang als auch schon auf der Vorständekonferenz hatten CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger die CGFP-Mitglieder unmissverständlich dazu aufgerufen, sich für mögliche gewerkschaftliche Aktionen bereit zu halten, um der Regierung – falls notwendig – die Stirn zu bieten.

Max Lemmer





Solde restant dû
Empruntez en toute tranquillité
et protégez vos proches

En cas de décès prématuré ou d'invalidité, l'assurance solde restant dû peut prendre directement en charge le remboursement de votre emprunt immobilier et offre une sécurité financière à vos proches.



Das Ministerium steht mächtig unter Zeitdruck

Der neue Minister für den öffentlichen Dienst hat keinen einfachen Stand. Von seinem Vorgänger hat er viele Dossiers geerbt, die Bestandteil des laufenden Gehälterabkommens und voriger Vereinbarungen sind und zügig umgesetzt werden müssen. Diesbezüglich fand auf Anfrage der CGFP hin am vergangenen 25. Januar ein Dringlichkeitstreffen mit Minister Wilmes statt.

Auf der Tagesordnung stand u.a. das Gesetzesvorhaben zur Abschaffung des Bewertungssystems im gesamten Staatsdienst. Trotz positiver Ansätze stellt die jetzige Fassung die CGFP nicht ganz zufrieden. Gefordert werden Textnachbesserungen, um eventuelle Missverständnisse zu vermeiden.

Beim Versuch, die Abschaffung des Bewertungssystems zu umgehen, fehlt es in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes nicht an Einfallsreichtum. So wurde z.B. der CGFP zugezogen, dass eine Verwaltung ihren Mitarbeitern ein Formular zur Selbstbewertung ausgeteilt hat. Ob das Ergebnis anerkannt wird oder nicht, hängt jedoch letztendlich von dem betreffenden Vorgesetzten ab. Zudem wurde die CGFP darüber in Kenntnis gesetzt, dass mindestens eine große öffentliche Einrichtung weiterhin am umstrittenen Bewertungssystem festhält.

Um solche oder ähnliche Vorfälle zu vermeiden, muss auf gesetzgeberischer Ebene unbedingt nachgebessert werden. Eigenen Aussagen zufolge hat das „Centre de gestion du personnel et de l'organisation de l'État“ (CGPO) die Verwaltungen nicht dazu ermutigt, das Bewertungssystem bis auf Weiteres anzuwenden. Eine solche Empfehlung wäre auch völliger Unsinn, weil das Bewertungssystem nach der Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes so oder so mit Rückwirkung zum 1. Januar 2023 beseitigt wird.

Kein Freifahrtschein für die Verwaltungen

Klärungsbedarf gibt es auch bei der Arbeitszeitregelung, die den öffentlich Bediensteten in Zukunft mehr Schutz gewähren soll. Die CGFP verlangt, dass Abweichungen zur normalen Arbeitszeit präziser definiert werden. Die Rahmenbedingungen müssen weiter optimiert werden. Bei den Ausnahmeregeln dürfen die Verwaltungen keinen Freifahrtschein bekommen. Bei der Arbeitszeitregelung war sich zudem darauf verständigt worden, dass Staatsbedienstete, die im Zuge des neuen Pensionsregimes eingestellt wurden und 20 Jahre Schichtarbeit geleistet haben, ein Anrecht auf den Vorruhestand haben. Diese Zusage darf kein leeres Versprechen bleiben.

Unerkklärlich ist zudem, warum das Gesetz zur Homeoffice-Regelung nach wie vor auf sich warten lässt. Einstweilen sind die Verwaltungschefs bei der Anwendung der Telearbeit auf sich allein gestellt. Um während der Übergangsphase eine einheitliche Vorgehensweise im öffentli-



chen Dienst zu gewährleisten, hatte sich das Ministerium dazu bereit erklärt, den Verwaltungen präzise Richtlinien zukommen zu lassen. Dieses Engagement wurde jedoch nicht eingehalten.

Mächtig in Verzug geraten ist zudem die Umsetzung der Harmonisierung der unteren Laufbahnen. Auf Anfrage der CGFP hin bestätigte das Ministerium, dass derzeit Änderungsanträge in der Ausarbeitung seien, die darauf abzielen, die formellen Einwände des Staatsrats zu berücksichtigen.

Außerdem müssen die beiden Arbeitsgruppen, die sich mit der Reform des Disziplinarrechts und dem Kündigungsschutz bei Langzeiterkrankungen auseinandersetzen, in Kürze greifbare Ergebnisse erzielen.

Selbst Anliegen, bei denen die CGFP wertvolle Vorarbeit für die Regierung geleistet hat, werden im Ministerium auf die lange Bank geschoben. Ein gutes Beispiel dafür ist der im Gehälterabkommen vereinbarte verstärkte Rechtsschutz für die Staatsbediensteten. Obwohl die CGFP auf eigene Initiative hin einen Entwurf für eine großherzogliche Verordnung eingereicht hat, kommt dieses wichtige Dossier nicht voran. Auch hier liegt der Ball eindeutig im Ministerium.

Immerhin tut sich etwas in puncto Gewerkschaftsfreiheit. Bei den Gehälterverhandlungen hatten sich die CGFP und die Regierung darauf

geeinigt, die Rechte der Gewerkschafter zu stärken. Obwohl die Bildung einer diesbezüglichen Arbeitsgruppe nicht ausdrücklich vorgesehen war, hat sich Minister Wilmes auf Betreiben der CGFP dazu bereit erklärt, mit auf diesen Weg zu gehen.

CGFP-Forderungskatalog

Inzwischen hat die CGFP ihren diesbezüglichen Forderungskatalog ausgearbeitet. Dabei wird u.a. auf die Immunität der Gewerkschafter gepocht. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Arbeitnehmervertreter, der sich für die Belange eines Staatsbediensteten einsetzt, zu einem späteren Zeitpunkt dafür belangt werden kann. Des Weiteren muss das Recht auf Information gewährleistet werden. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Gewerkschafter die Interessen der Beschäftigten noch effizienter verteidigen können. Gefordert wird u.a. auch eine zusätzliche Freistellung.

All die oben erwähnten Punkte bedürfen einer dringenden Umsetzung. Die Zeit drängt, da bereits zum Jahresende die nächsten Gehälterverhandlungen beginnen dürften. Sollte die Regierung bis dahin das jetzige Abkommen sowie noch offene Punkte aus vorigen Vereinbarungen nicht integral umgesetzt haben, würde der Auftakt dieser Gespräche unter keinem guten Stern stehen.

ml

CGFP nimmt neuen Fachverband APEP auf

Seit Jahren verzeichnet die CGFP einen beachtlichen Mitgliederzuwachs. Sie baut somit ihr Tätigkeitsfeld kontinuierlich aus. Vor zehn Jahren zählte die CGFP 24.000 Mitglieder. Inzwischen setzt sie sich für die Belange von rund 33.000 Mitgliedern ein, die in fast 70 Fachverbänden zusammengeschlossen sind. Am vergangenen 26. Januar wurde die „Association des professeurs d'éducation physique“ (APEP) durch einstimmigen Beschluss des CGFP-Nationalvorstands aufgenommen. Rund 250 Mitglieder gehören dem neuen CGFP-Fachverband an, der sich für die sektoriellen Anliegen der Sportlehrer*innen in der Sekundarstufe einsetzt.



CGFP-Neujahrsempfang in neuen Räumlichkeiten

Die CGFP lud am vergangenen 31. Januar zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang ein. Dabei brach sie mit einer alten Tradition. Anders als in den Jahren davor fand die sympathische Feier dieses Mal nicht auswärts, sondern im CGFP-Hauptsitz in Merl statt. Die rund 200 eingeladenen Gäste konnten sich einen Eindruck von den frisch erworbenen CGFP-Räumlichkeiten verschaffen. Aufgrund der wachsenden Mitgliederzahl und der steigenden Beratungsanfragen erwies sich der Ausbau der Bürofläche als notwendig.

Vertreter der CGFP-Mitgliedsorganisationen sowie der Berufskammer der öffentlich Bediensteten und der Gewerkschaft des Gemeindepersonals FGFC wohnten der Veranstaltung bei. Zu den Ehrengästen zählte u.a. auch Klaus Heeger, Generalsekretär der „European Confederation of Independent Trade Unions“ (CESI).

2023 sei ein schwieriges, von Kriegen geprägtes Jahr gewesen, betonte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff gleich zu Beginn seiner Begrüßungsansprache. Neben der instabilen geopolitischen und wirtschaftlichen internationalen Lage sei auch der Vormarsch rechtspopulistischer Kräfte in vielen Ländern Europas besorgniserregend. Dabei werde zunehmend deutlich, dass ein Großteil dieser Parteien nichts oder nur sehr wenig mit den europäischen und demokratischen Prinzipien zu tun haben wolle.

Längst nicht alle Entscheidungen, die in Brüssel getroffen würden, seien bürgernah, räumte Wolff ein. Die im Juni bevorstehende Europawahl müsse dennoch dazu genutzt werden, um dem bedrohlichen Rechtsruck resolut entgegenzuwirken. Auch in Luxemburg müsse diesem Urnengang wesentlich mehr Be-

deutung beigemessen werden als sonst üblich. Mehr denn je sei es von größter Wichtigkeit, dass die Bürger von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen würden.

Eine „patronatsfreundliche Regierung“

Anschließend kommentierte Romain Wolff die innenpolitische Lage. Die Arbeitgebervertreter seien voll des Lobes für die schwarz-blaue Koalition. Vieles lasse darauf schließen, dass die Geschicke des Landes von einer „patronatsfreundlichen Regierung“ geleitet würden.

Zahlreiche wichtige Themen stünden in den kommenden Monaten an, fuhr der CGFP-Vorsitzende fort. Im Koalitionsabkommen sei vorgesehen, eine breite Konsultation zur langfristigen Absicherung des Rentensystems mit der Zivilgesellschaft zu organisieren, um einen diesbezüglichen Konsens zu finden. In diesem Zusammenhang stelle sich allerdings die Frage, ob es fair gegenüber den Wählern gewesen sei, dieses heikle Thema nicht eingehender im Wahlkampf zu erörtern, hieß es weiter. Die Angst davor, potenzielle Wähler zu vergraulen, habe die Parteien dazu bewogen, die Rentenfrage in der Wahlkampagne lieber auszuklammern.

Zum Schluss ging der Redner auf die im März 2025 stattfindenden Sozialwahlen im öffentlichen Dienst ein. Für die CGFP sei diese Briefwahl von größter Bedeutung. Mit aller Sorgfalt werde die CGFP die nötigen Vorbereitungen treffen, um im kommenden Jahr erneut ausgezeichnete Ergebnisse zu erzielen und somit ihre nationale Repräsentativität im Staatsdienst zu festigen.

Im Anschluss daran bedankte sich CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger bei all denjenigen, die innerhalb kürzester Zeit alles unternehmen hätten, um die neuen CGFP-Räumlichkeiten fristgerecht und den CGFP-Bedürfnissen entsprechend einzurichten.



Sinkendes Vertrauen in die Demokratie

Danach richtete Heiliger den Blick nach vorn und meinte scharfzünftig: „Das Gute an dem neuen Jahr ist, dass 2023 vorbei ist.“ Jeder habe gehofft, dass 2024, insbesondere was den internationalen Kontext betreffe, besser sein werde als das Vorjahr. Bislang sehe es jedoch nicht danach aus. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten sowie die zahlreichen Konflikte würden in vielen Ländern das Vertrauen in die Demokratie und in die Funktionsfähigkeit des Staates stark beeinträchtigen. Eine Vielfalt an Themen würde derzeit die Gesellschaft und die staatlichen Institutionen beschäftigen.

Bezugnehmend auf die Aussagen, die beim jüngsten Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion gemacht wurden, erinnerte Heiliger daran, dass eine stabile öffentliche Infrastruktur der Grundpfeiler eines friedlichen Zusammenlebens sei. Ein Blick auf die beunruhigende politische Entwicklung in unseren Nachbarstaaten führe uns vor Augen, wie zerbrechlich der demokratische Prozess sein könne.

Unmittelbar danach setzte sich der CGFP-Generalsekretär mit der luxemburgischen Regierung kritisch auseinander. Nach nur knapp zweimonatiger Amtszeit habe es die neue Koalition tatsächlich geschafft, sich mit der CGFP anzulegen. Dieses „Kunststück“ sei zuvor noch keiner Regierung hierzulande gelungen.

Fakt sei, dass die Vorgängerregierung das geltende Gehälterabkommen in einem wesentlichen Punkt missachtet habe. (Anm. d. Red.: Gemeint ist die Abschaffung des Bewertungssystems im gesamten Staatsdienst) Nach den Parlamentswahlen habe die neue schwarzblaue Mehrheit diesem Treiben zugeschaut, ohne sich jedoch um eine politische Lösung zu bemühen.



Die CGFP habe in dieser Angelegenheit nahezu all ihre Hoffnungen in jene Partei gesetzt, die noch im Juni vergangenen Jahres die Einhaltung eines geltenden Vertrags eingefordert habe. Nachdem dieselbe Partei nur wenige Wochen später Regierungsverantwortung übernommen habe, wolle sie jetzt nicht mehr an ihre einstige Haltung erinnert werden. (Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 1 und 3)

„Haltet euch für gewerkschaftliche Aktionen bereit“

„Der Ball liegt eindeutig bei der Regierung“, betonte Steve Heiliger. Allzu viel Zeit, um eine Lösung zu finden, bleib nicht. Darüber sei sich auch die Regierung im Klaren. Sollte kein schnelles politisches Umdenken erfolgen, sehe sich die CGFP gezwungen, ihre gewerkschaftlichen Mittel zu erweitern. „Haltet euch bereit, es kann sein, dass wir euch alle sehr bald brauchen werden. Sollte dies der Fall sein, werden wir selbstverständlich auf jeden von euch zählen“, unterstrich der CGFP-Generalsekretär mit Nachdruck.

Am Ende seiner Rede bedankte sich Steve Heiliger ausdrücklich für die hervorragende

Arbeit, die das ganze Jahr über in den CGFP-Fachverbänden und in den jeweiligen Gremien geleistet werde. Ein großer Dank ging auch an die CGFP-Belegschaft, die tagtäglich der Exekutive und den zahlreichen Mitgliedsorganisationen zur Seite stehe.

Abschließend wünschte der CGFP-Generalsekretär im Namen der gesamten Exekutive allen Anwesenden und deren Familien ein schönes, frohes neues Jahr 2024. Dies solle von Erfolg und Genugtuung gekrönt sein, dies sowohl in privater als auch in beruflicher Hinsicht, insbesondere mit Blick auf die bevorstehenden Herausforderungen. Die wichtigste Voraussetzung dafür sei eine gute Gesundheit.

„Wenn wir weiterhin so zusammenhalten, wie wir das bisher immer in der Vergangenheit eindrucksvoll gezeigt haben, dann ist mir nicht angst und bange, dass wir die Herausforderungen gemeinsam meistern werden. Da wird auch niemand der CGFP so schnell etwas vormachen“, schlussfolgerte Steve Heiliger.

Max Lemmer





Warum wir keinen neuen Streit über eine Rentenmauer brauchen

Haben Sie im Wahlkampf etwas von einer (dringend) notwendigen Rentenreform gehört? Haben Sie etwas davon in einem der Wahlprogramme der angetretenen Parteien gelesen? Ist eine solche Reform als ein Schwerpunkt in das Koalitionsabkommen der neuen Regierungskoalition eingeschrieben worden? Sind diesbezüglich Forderungen im Parlament erhoben worden? Sind plötzlich neue Fakten aufgetaucht, die wir übersehen hätten?

Wieso wird diese Angelegenheit dann plötzlich zu einem wichtigen Anliegen, das man schnell angehen und zügig regeln soll? Drängt sich hier nicht die Frage auf, von welchen realen Problemen diese Rentenoffensive ablenken soll? Ist uns nicht allen noch in bester Erinnerung, wie die ominöse Rentenmauer-Polemik während Jahren von cleveren Lobbyisten ausgenutzt wurde, um soziale Forderungen von der politischen Agenda zu verdrängen?

Die Regierung hat für dieses Manöver eindeutig kein Mandat vom Volk erhalten! Nicht zuletzt, weil sie kein solches von ihren Wählern erbeten hat. In der Vergangenheit gab es die positiven Wahlversprechen, die eingegangen und dann nicht eingehalten wurden. Nun gibt es anscheinend auch die politischen Pläne, welche man, einmal an der Macht, durchsetzen will, die man aber der Nation vor dem Wahltag verschwiegen und sogar ganz ausdrücklich dementiert hat.

Am 22. September 2023 wurde der damalige Wahlkämpfer und heutige Premierminister Luc Frieden ausdrücklich zur Notwendigkeit einer Rentenreform befragt, und er hatte sie eindeutig verneint, wie es der untenstehende blaue Kasten belegt. Kannte die heutige Sozialministerin diese Aussage nicht, als sie ihr Amt antrat? Hat sie diesbezüglich vielleicht den Wahlkampf nicht verfolgt?

www.virgule.lu: On connaît la problématique des pensions au Luxembourg. Prévoyez-vous une réforme des pensions?

Luc FRIEDEN: Pas à court terme, non. Nous estimons que l'évaluation régulière du système des pensions, prévue par la loi, nous signalera s'il faut ou non adapter le régime actuel. Pour l'instant, ce n'est pas le cas et tout dépendra de la croissance de notre pays. Mais nous surveillerons cela de près.

22 septembre 2023

Die Fakten lassen sich nicht leugnen

Beginnen wir mit einer sachlichen Analyse der konkreten Lage im internationalen Vergleich. Bekanntlich funktionieren die gesetzlichen Renten der meisten Länder nach dem sogenannten Umlageprinzip. Dabei werden die Renten laufend an die Ruheständler ausbezahlt. Dies geschieht dank der Beiträge, welche die jüngeren Arbeitnehmer gleichzeitig einzahlen.

Diese Systeme tragen sich somit in dem Sinne, dass die Ausgaben den Einnahmen angepasst werden. Dabei verbleibt kein nennenswerter Überschuss, mit dem man Rücklagen bilden könnte. Infolgedessen betragen die deutschen Rentenreserven weniger als anderthalb Monatsraten der Pensionsleistungen. In Frankreich ist das System normalerweise sogar verschuldet.

In Luxemburg gilt dagegen ein anderes, besseres, klügeres, solideres und nachhaltigeres System. Hier übersteigen die einkassierten Beiträge traditionell die ausgezahlten Renten, sodass sich hohe Rücklagen anhäufen und ertragbringend investiert werden können. Die heutigen Einzahlungen der Versicherten finanzieren somit deren Renten von übermorgen.

In den Jahren 2020, 2021 und 2022 überstiegen die Beitragszahlungen der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und des Staates die ausgezahlten Renten mit steigender Tendenz um 866 Millionen, 932 Millionen und 970 Millionen Euro. Die ausgezahlten Renten erreichten nur rund 85 % der eingenommenen Beiträge.

Um auch auf Dauer eine solide Nachhaltigkeit sicherzustellen, wurde gesetzlich festgeschrieben, dass die angehäuften Reserven stets das Anderthalbfache der jährlich ausgezahlten Renten darstellen sollten, ansonsten seien die geltenden Parameter gesetzlich anzupassen.

Diese Mindestrücklagen bedeuten konkret, dass, wenn plötzlich absolut keine Beiträge mehr gezahlt würden – eine wahrlich unwahrscheinliche Hypothese – die Pensionskasse noch 18 Monate lang alle vorgesehenen Leistungen in voller Höhe auszahlen könnte. Die tatsächlichen Reserven des famosen „Fonds de compensation“ erreichten 1997 jedoch das 2,4-fache der ausgezahlten Leistungen, 2005 das 3,1-fache, 2013 das 4,0-fache und 2021 das 5,2-fache.

Im Jahr 2005 waren dies 11,3 % des Luxemburger Bruttoinlandsproduktes (BIP), 2013 dann 26,7 % und 2021 37,4 %. Das ist

deutlich mehr als die Staatsschuld, über deren Enormität sich so viele ärgern. Alles harte Fakten: Die letzten verfügbaren Zahlen geben somit keinen Anlass zur Sorge. Dies hat die letzte formelle Prüfung im Jahr 2022 auch ganz offiziell bestätigt.

Unser gesetzliches Rentensystem ist offensichtlich besser als dasjenige unserer Nachbarn und aller sonstigen Europäer und es bedarf keiner Veränderung. Und deshalb sollten sich die Luxemburger diese Tatsache nicht von Rechenkünstlern miesreden lassen, die uns beweisen wollen, dass nicht genug beiseitegelegt wird.

Verunsicherung durch Jonglieren mit Zukunftszahlen

Angesichts dieser indiskutablen Faktenlage beruht die gesamte Debatte über die langfristige Absicherung des Rentensystems auf hypothetischen Berechnungen und Spekulationen über die mögliche künftige Entwicklung der Rentenreserven. Diese gehen von der Theorie aus, dass auf gute Zeiten auch schlechte folgen könnten, sodass die Rentenreserven aufhören zu wachsen, dann schrumpfen und schließlich ganz erschöpft wären.

Der entscheidende Zankapfel ist diesbezüglich das Datum, an welchem – wenn man das heutige Regelwerk des Systems nicht verändert – die Rentenkasse leer sein wird. Ab diesem Zeitpunkt, so die Behauptung, werde Luxemburg mit Karacho gegen die Rentenmauer knallen.

Zweifel an der Existenz dieser Mauer und ihrer Robustheit lassen sich am besten anhand der bisher berechneten Zahlen beurteilen. Erst sollten wir „mit Sicherheit“ (!!!) bereits im Jahr 2015 auf sie stoßen, dann 2034 oder 2041. Bei weiteren Prognosen wurden 2031, 2045, 2054 und schließlich wieder 2045 als mögliche Zeitpunkte für das Eintreten der Rentenmauer genannt. (Lesen Sie nähere Einzelheiten dazu in unserem gelben Kasten auf Seite 9)

Es reicht beispielsweise, den Zinssatz der Rendite der Rücklagen etwas zu erhöhen oder zu senken, und schon verschiebt sich die Rentenmauer um Jahre nach hinten oder nach vorne. Kurz und gut: Die Angstmacherei mit der Rentenmauer und das intellektuelle Gehabe um sie herum erweisen sich bei einer genaueren Analyse als eine große Luftnummer.

Zum Kern der Sache: Natürlich ist die Welt nicht statisch. Es ist eine Tatsache, dass die Menschen nach und nach länger leben, dass manche

Die Rentenmauer ist eine sehr mobile Nebelwand

- 1997 verkündete Jean-Claude Juncker: „*Déi verlängert Liewensdauer bedeit, datt mer am Joer 2015 am Privatsektor 39 Prozent vun de Paie müssen opbréngen, fir d'Rente kënnen ze bezuelen. (...) Well dat alles esou kënn, renne mer mat Karacho an eng Mauer. Déi Mauer waart op eis den 1. Januar 2015. Déi Mauer waart op eis an 20 Joer.*“

An dem angegebenen Stichtag waren die Pensionsreserven aber nicht erschöpft. Vielmehr überstiegen sie 2015 mit 16,5 Milliarden Euro das Niveau von 30 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und erreichten so den 4,4-fachen Betrag der ausgezahlten Renten gegenüber dem 2,4-fachen im Jahr 1997. Wobei die von den Beschäftigten, den Arbeitgebern und dem Staat eingezahlten Sozialbeiträge weiterhin nur 24 % ausmachten und nicht 39 %, wie dies behauptet wurde.

- 2006 berichtete „*fonction publique*“, die Rentenzukunft des Landes sei nun bis 2085 (!!!) abgeschätzt worden und man habe „*dabei festgestellt, dass wir der ominösen Rentenmauer nun schlimmstenfalls schon im Jahr 2034 und günstigstenfalls erst im Jahr 2041 begegnen werden.*“ Gegenüber der 1997-er Prognose stellt dies demnach eine Verzögerung um 19 beziehungsweise 26 Jahre dar. Diese Erwartung stammt

noch aus der Zeit vor der Wirtschaftskrise von 2008.

- 2012 wurde dann berechnet, dass die Reserven des „*Fonds de compensation*“ künftig einen Höchststand von 25 % des BIP erreichen würden, um ab 2022 rapide zu fallen und schließlich 2031 total erschöpft zu sein. In Wirklichkeit aber stiegen die Reserven über die prophezeite Obergrenze hinweg, um 2015 bereits 30 % und 2019 sogar 35 % auszumachen.
- 2015 ergab die Berechnung, unter der Voraussetzung eines erwarteten Finanzertrags der angehäuften Reserven von 5 % pro Jahr, das Eintreten der Rentenmauer erst im Jahre 2054, also sage und schreibe 23 Jahre nach dem vorherigen Ergebnis, und gar 39 Jahre hinter der ursprünglichen Ansage von 1997.

Alternativ dazu wurde zeitgleich eine zweite, pessimistischere Prognose mit einer Rendite von nur 3 % erstellt. Diese Berechnung ließ die Mauer auf das Jahr 2045 näher rücken, was immer noch 30 Jahre hinter dem Stand von 1997 und 13 Jahre hinter dem von 2012 war.

- 2022 ergab die letzte offizielle Überprüfung des Rentensystems eine Erschöpfung der Reserven im Jahr 2047, allerdings unter Annahme einer realen Jahresrendite der Aktiva von nur 2 %.

Eindeutig belegt diese ganze Rechnerei nur eines: „*Voraussagen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen!*“ Die alttestamentlichen Propheten und die Auguren der Antike ließen sich nie auf präzise Zahlen ein, und das Kluge an den Orakeln war, dass sie stets mehrere Auslegungen erlaubten und deshalb nicht zu widerlegen waren. Präzise Weltuntergangserwartungen kommen nur von Sekten, die dann nach dem fatalen Datum in extreme Erklärungsnot geraten. Diese Rechenmanie ist reine Hybris. Hier wird versucht, Dinge zu berechnen, die kein Mensch wissen kann und auch keine Künstliche Intelligenz herausfinden wird. Man muss schon den gesunden Menschenverstand verlieren, um diesen Schwachsinn als Grundlage für langfristige Entscheidungen zu betrachten.

Wir wissen heute noch nicht einmal, wie hoch das Wachstum unserer Wirtschaft letztes Jahr war oder dieses Jahr sein wird, wie sich die Preise und die Zinsen in den kommenden zwölf Monaten entwickeln werden oder wie die Zahlen der Einwohner, der Grenzgänger, der Erwerbstätigen oder der Arbeitslosen in drei oder fünf Jahren aussehen werden. Dies alles aber hindert die Weisen aus dem Elfenbeinturm nicht daran, vorzugeben, sie könnten berechnen, wie hoch die Rentenreserven 2054 oder 2085 sein werden!

pz

von ihnen früher in Rente gehen wollen und die meisten studienbedingt auch später beginnen, beitragspflichtig zu arbeiten. Somit kann das System selbstverständlich früher oder später, je nach der Entwicklung der demografischen und anderen Gegebenheiten, an seine Grenzen stoßen, was die Anpassungen dieser oder jener Stellschraube erforderlich machen könnte.

Kein Kampf mit weit entfernten Windmühlen

Aber löst man die Probleme nicht am besten, wenn sie sich konkret stellen, zumal man auch erst dann eine ausreichende Sicht der Dinge hat, indem man über eindeutige und verlässliche Zahlen verfügt? Befassen wir uns heute mit dem Budgetdefizit der Jahre 2030 oder 2040, mit der Arbeitslosigkeit oder der Leistungsbilanz von 2028? Dies tun wir nicht, weil es totaler Unfug wäre. Dagegen sollte es aber sinnvoll sein, das Rentengleichgewicht von 2054 bereits heute wiederherzustellen?

Keiner unserer Nachbarländer redet von einer Rentenmauer, weil keine Reserven vorhanden sind. Diese Staaten stecken also bereits in der Mauer, ohne dass deshalb die Welt untergegangen ist. Wir brauchen einfach hier und heute keinen neuen Rentenstreit.

Die fehlende Pensionskasse

In der lobenswerten Sorge um Robustheit und Nachhaltigkeit der Rentenzukunft wäre die Regierung allerdings gut beraten, neben dem „*Fonds de compensation*“ des Privatsektors endlich eine ähnliche Pensionskasse für den

Staatsdienst zu errichten. Zurzeit erhebt der öffentliche Arbeitgeber nämlich von seinen Mitarbeitern einen 8 %-igen Rentenbeitrag, ohne jedoch diesen in eine Rentenkasse einzuzahlen. Zudem „*vergisst*“ der Staat, einen Arbeitgeberbeitrag von 8 % beiseitezulegen. Des Weiteren wird darauf verzichtet, einen staatlichen Beitrag von 8 % für den öffentlichen Dienst aufzubringen, wie es für den Privatsektor der Fall ist. Mit einer Dotierung von 3 mal 8 % der Lohnmasse des öffentlichen Sektors könnte hier schnell ein solider Pensionsfonds entstehen, wenn die Arbeitgeber wie bisher für etliche Jahre die laufenden Pensionen weiterbezahlen.

Die Verwirklichung dieser Idee dürfte einfach umzusetzen sein, dank der vielen Milliarden

Euro, welche die beiden im Dezember gesetzlich eingeführten 15 %-Mindeststeuern dem Staat einbringen werden. Was die kompetentesten internationalen Fachleute uns diesbezüglich versichern, bedeutet, dass dies ein absoluter „*Game Changer*“ für die Haushaltslage in Luxemburg sein wird, und somit auch für die Entwicklung der Staatsverschuldung und der öffentlichen Finanzreserven. Oder glaubt die Politik den Wissenschaftlern nicht?

Jedenfalls wird die Regierung keine Konsultationen über unsere langfristige Rentenzukunft starten können, ohne vorher Klarheit über die mittelfristige Entwicklung der Staatsfinanzen zu schaffen.

Paul Zimmer



CGFP-SERVICES « FISCALITÉ »

IHR RATGEBER IN STEUERFRAGEN



Die seit einiger Zeit auf Kirchberg eingerichtete Beratungsstelle von CGFP-Services in Sachen Steuern bietet den CGFP-Mitgliedern, je nach Bedarf, eine persönliche Unterredung in unseren Räumlichkeiten, eine Korrespondenz per E-Mail oder einfach ein Telefongespräch zur Klärung ihrer einkommensteuerlichen Fragen an. Erfahrungsgemäß wird eine Hilfestellung oftmals im Zusammenhang mit Änderungen im familiären Umfeld benötigt: Welche steuerlichen Folgen hat der Abschluss eines Partnerschaftsvertrags? Worauf sollte man in puncto Steuern bei einer Heirat gefasst sein? Was bewirkt eine Zusammenveranlagung und welche Unterschiede gibt es zur Individualbesteuerung? Wie sieht mein Nettoverdienst aus,

nach Eintragen eines individuellen Steuersatzes auf der Lohnsteuerkarte? Welchen Einfluss hat die Geburt eines Kindes? Auch Trennung und Scheidung haben steuerliche Konsequenzen und werfen Fragen auf: Werden wir trotzdem noch dieses Jahr zusammen besteuert, obwohl wir geschieden sind? Nervenaufreibend, auch in Bezug auf die steuerlichen Folgen, erleben unsere Mitglieder den Tod ihres Ehepartners: Was ändert sich steuerlich? Mein Ehepartner hat sich bis jetzt immer um die Steuererklärung gekümmert, nun stehe ich allein da: Können Sie mir bitte helfen? Auch der Tod der Eltern bereitet den erwachsenen Kindern – neben dem Schmerz über den Verlust eines geliebten Menschen – Sorgen: Was passiert, wenn wir de-

ren Wohnhaus nach ihrem Ableben verkaufen? Worauf ist bei einem erzielten Mehrwert der betreffenden Immobilie zu achten? Die neue familiäre Lage verunsichert regelmäßig die Betroffenen und löst eine Vielfalt von Fragen über die steuerlichen Konsequenzen aus. Wir wirken dieser allgemeinen Verunsicherung mit konkreten Antworten über die steuerlichen Regelungen und Prozeduren entgegen und bieten unseren Mitgliedern einen Überblick über die Gesamtlage mit dem zu erwartenden steuerlichen Resultat.

Unser Wirkungsfeld beschränkt sich jedoch nicht auf den Bereich der steuerlichen Folgen familiärer Veränderung. Da das Einkommensteuergesetz laufend Änderungen erfährt, werden öfter gesetzlich festgelegte Beträge durch neue ersetzt, Abschreibungen anders geregelt (z.B. bei vermieteten Immobilien), Methoden der Besteuerung und des Abzugs von Unkosten angepasst. Wir sind stets bereit, über diese Neuerungen zu informieren. Dabei beachten wir immer den spezifischen Kontext des jeweiligen Mitglieds.

Schlussendlich haben wir es uns ebenfalls zur Aufgabe gemacht, Steuerbescheide, Vorauszahlungsbescheide und Abrechnungen der Steuerkasse zu erklären, auf Wunsch nachzusehen sowie Auskunft über mögliche Folgeprozeduren zu geben.

Unser Hilfsdienst richtet sich ausschließlich an die Mitglieder der CGFP und ist zudem kostenlos! Wir sind per E-Mail (fiscalite@cgfp-services.lu) oder per Telefon zu erreichen. (+352 47 36 51-1)

CGFP - SERVICES
fiscalité

@ fiscalite@cgfp-services.lu

☎ 47 36 51 - 1

**WERDEN SIE NOCH
HEUTE MITGLIED!**

**CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE**
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

CGFP



Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

AFAS CGFP
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

Alarmierende politische Botschaften

Angesichts der flauen Wirtschaftsentwicklung müsse man den Gürtel enger schnallen, sagte Gilles Roth im März 2012 im Parlament. Viele Einnahmen stünden auf wackeligen Füßen, schlussfolgerte der damalige Budget-Berichterstatter. Beinahe zwölf Jahre später schließt sich der Kreis. Auch wenn es „ziemlich unpopulär“ sei, müssten in den drei kommenden Jahren „die Schrauben ein wenig angezogen werden“, unterstrich der heutige Finanzminister Gilles Roth Ende Januar im zuständigen Parlamentsausschuss, als er die neuesten Budgetzahlen vorlegte.

Nahezu zeitgleich ließ der Minister für den öffentlichen Dienst wissen, die Regierung befasse sich mit der Einstellung und der Anzahl der staatlichen Mitarbeiter. Dabei werde man sich auf Analysen stützen. Die „Rationalisierungszelle“ werde von Premierminister Luc Frieden geleitet, bestätigte Minister Wilmes. All dies kann einen nachdenklich stimmen.

An dieser Stelle sei zunächst daran erinnert, dass beide Regierungsparteien im Wahlkampf für einen starken öffentlichen Dienst eintraten. Der CGFP würden keine Informationen über einen Stellenabbau vorliegen, stellte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff auf Nachfrage von „L'Essentiel“ klar. In einigen Bereichen des Staatsdienstes müsse das Personal aufgestockt werden, wie z.B. in der Steuerbehörde, im Bildungswesen oder bei der Polizei, um nur diese zu nennen, so Wolff. Von den Haushaltsankündigungen zeigte er sich unbeeindruckt. Die CGFP werde Ende des Jahres bei den Gehälterverhandlungen konkrete Forderungen stellen.



Neben der beabsichtigten Kurskorrektur in der Haushaltspolitik will die Regierung u.a. auch eine Rentenreform in Angriff nehmen. Der CGFP-Nationalvorstand zeigte sich am 26. Januar erstaunt über die Vorgehensweise, dies umso mehr, wo keine der beiden Regierungsparteien dieses Thema im Wahlkampf angeschnitten hatte. (Lesen Sie dazu auch die Seiten 8 und 9)

Hielt sich die zuständige Ressortministerin bei diesem heiklen Thema zu Beginn noch bedeckt, wurde sie in den sich darauffolgenden Presseinterviews redseliger. So mussten z.B. die Sozialpartner aus der Presse erfahren, dass die Kürzungseffekte von 2052 auf 2035 und „im Idealfall“ auf 2032 nach vorne geschoben werden sollen. Mit solchen Aussagen wurde die Debatte gezielt in eine bestimmte Richtung gesteuert, bevor die Gespräche mit den zuständigen Akteuren überhaupt begonnen haben.

Die CGFP werde die weitere Entwicklung genau im Auge behalten, ohne sich dabei einem Dialog zu verschließen, betonte der CGFP-Nationalvorstand in seiner jüngsten Sitzung. Inzwischen hat die Sozial- und Gesundheitsministerin mit der CGFP einen Termin für eine Unterredung vereinbart. Dabei wird sich zeigen, ob es sich lediglich um einen „Höflichkeitsbesuch“ handelt oder ob die Gespräche tiefgründiger sein werden. Ohne voreilige Schlüsse zu ziehen, sollte sich die Regierung darüber im Klaren sein, dass für die CGFP eine Verschlechterung der Altersversorgung nicht infrage kommt. Die erste Säule des aktuellen Systems (Grundrente) darf keineswegs geschwächt werden. Des Weiteren wird die CGFP ein Treffen mit Premierminister Luc Frieden beantragen, um eine breit gefächerte Diskussion über eine Reihe von aktuellen Problemen zu führen. **ml**

CESI: Europäischer Rundtisch für Verteidigungsfragen mit Luxemburger Beteiligung

Den Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit sowie die Auswirkungen des Krieges auf die Klimaneutralitätsziele und -verpflichtungen der EU und der internationalen Gemeinschaft besser zu beleuchten, so lautete die Zielsetzung des mittlerweile schon siebten „Rundtisches“ für Verteidigungsfragen, der am vergangenen 6. Februar Experten und hochkarätige Redner aus ganz Europa am Hauptsitz der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften in Brüssel zusammenführte.

Zu den Mitwirkenden zählte auch der langjährige luxemburgische Außenminister Jean Asselborn.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand u.a. die Frage, ob geopolitische Spannungen und Kriege die globale Zusammenarbeit und die internationalen Verpflichtungen zum Erreichen der Klimaziele beeinflussen. Ob Unterbrechungen und Engpässe in der Energieversorgung den Übergang zu erneuerbaren Energiequellen in der EU beeinträchtigen können, lautete eine weitere Fragestellung, genau wie die Thematik, ob Erhöhungen der regulären nationalen Verteidigungsetats angesichts der

Vielzahl von Herausforderungen und Krisen überhaupt realistisch sind.

In einem wesentlichen Punkt stimmten die Teilnehmer überein: Der anhaltende Krieg in der Ukraine hat weitreichende Auswirkungen, die weit über die unmittelbaren geopolitischen und humanitären Folgen hinausgehen. Auch wenn das Hauptziel der EU nach wie vor darin bestehe, bis 2050 klimaneutral zu werden, könne sich der Krieg auch auf die Klimaziele

der Europäischen Union sowie die weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels auswirken.

Unser Bild zeigt die luxemburgischen Teilnehmer an dem Rundtisch-Gespräch, zusammen mit dem langjährigen luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn, CESI-Präsident Romain Wolff und CESI-Generalsekretär Klaus Heeger. **sh**





Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Gut wohnen heißt: gut beraten sein

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.